

Steinbrück: Brandstifter Nummer Eins zwischen den Generationen.

Während Millionen Menschen in der Krise um ihre Arbeitsplätze fürchten, hat Finanzminister Steinbrück nichts Besseres zu tun, als die jüngeren Beschäftigten gegen die Rentnerinnen und Rentner aufzuhetzen.

Dabei spiegeln die Rentenerhöhungen des laufenden Jahres die Lohnentwicklung des Vorjahres wieder. Das weiß Steinbrück genau. Ob die Kosten der Krise von den Beschäftigten geschultert werden müssen, hat nichts mit „Generationengerechtigkeit“ zu tun, sondern ob es gelingt, Arbeitsplätze zu sichern und die Löhne kräftig zu erhöhen.

Es ist Unsinn, dass die Rentengarantie zu Lasten der Jüngeren geht. Für die heutigen Rentnerinnen und Rentner bedeutet die Rentenkürzungspolitik seit 2003 schon jetzt einen Werteverlust ihrer Renten von fast 10 Prozent. Bis zum Jahre 2030 bewirken Riester-Faktor, Nachhaltigkeitsfaktor und Nachholfaktor eine Kürzung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente um mindestens ein Fünftel. Auch die Rente mit 67 ist nichts anderes als ein Teil des Kürzungsprogramms.

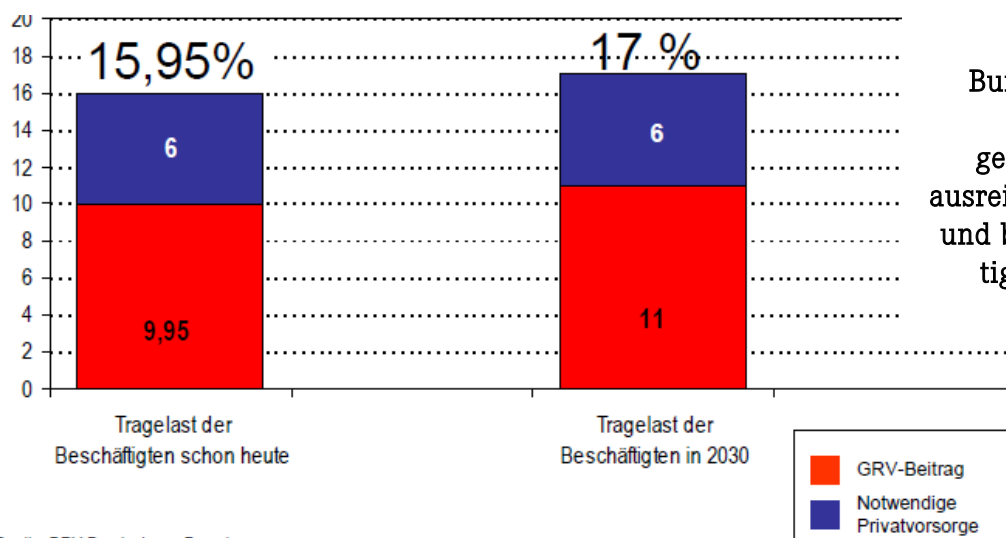
Und: Den Rentnerinnen und Rentner wird mit der Rentengarantie nichts geschenkt. Sie tragen die Kosten der Garantie selbst. Ab 2011 müssen sie die diesjährige Rentenerhöhung zurückzahlen. Klar ist: We-

gen der Krise ist schon jetzt mindestens für 2010 eine neue Nullrunde vorprogrammiert.

Jede von Rot-Grün bis Schwarz-Rot zu verantwortende Rentenkürzung wird sowohl heutige als auch künftige Rentnergenerationen treffen: Denn sie erhalten gekürzte Renten und sind gezwungen, fürs Alter privat vorzusorgen. Nur so können sie ihren Lebensstandard später ansatzweise halten. Die heutige Politik wird also am stärksten die Generationen treffen, um die sich Steinbrück angeblich sorgt.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die für die Solidarität zwischen den Generationen eintritt. Ein Schutzschirm für Rentnerinnen und Rentner muss Rentenkürzungen für die Dauer der Krise ausschließen. Eine Verlängerung der Zahlungsdauer vom Arbeitslosengeld I, eine deutliche Erhöhung der Regelsätze in der Mindestsicherung und eine Initiative für Gute Arbeit sollen dafür sorgen, dass die Kosten der Krise nicht von den Beschäftigten gezahlt werden müssen.

Die Äußerungen von Steinbrück, Guttenberg und Co. zeigen wohin es nach der Bundestagswahl gehen soll: Die Verursacher der Krise sind dank Steuermilliarden fein raus, während Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner die Zeche zahlen sollen.



Das Modell der Bundesregierung zur Altersvorsorge gewährleistet keine ausreichende Absicherung und belastet die Beschäftigten schon heute.